

Wahlplattform Legislaturprogramm 2016-2020

Version zu Handen des Parteitags

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Bildung.....	4
Wohnen.....	6
Gesundheit.....	7
Gesellschaft und Sozialwesen.....	8
Migration und Asyl.....	10
Demokratie und Service public.....	12
Finanzen und Steuern.....	13
Wirtschaft.....	15
Sicherheit.....	17
Energie.....	18
Mobilität.....	20
Umwelt und Natur.....	21

Einleitung

Die SP Aargau steht 2016 zur Wahl

Das vorliegende Legislaturprogramm 2016-2020 zeigt Wege und Forderungen auf, mit denen wir unsere sozialdemokratischen Ziele in den verschiedenen Politikbereichen im Kanton Aargau erreichen wollen. Das Umfeld dazu ist herausfordernd. Sozialdemokratie an der Schwelle des 21. Jahrhunderts bedeutet, jeden Zukunftsfatalismus zurückzuweisen. Sie bedeutet, der Politik der Angst und der Unsicherheit eine Politik der Demokratie und der Hoffnung gegenüberzustellen. Unser Kanton kann das, wenn wir eine Politik für alle statt für wenige machen!

10 Staatliche Leistungen und Grundrechte in Gefahr

Die bürgerliche Mehrheit will den Kanton Aargau zu einem neoliberalen Vorzeigeprojekt umbauen - mit einem Angriff auf die staatlichen Dienstleistungen und einem gigantischen Umverteilungsprojekt von unten nach oben. Mit einer verantwortungslosen Steuerpolitik zu Gunsten von Kapital und Vermögenden hat der Kanton seine Steuerbasis und diejenige der Gemeinden systematisch geschleift. Besonders absurd: Noch während die letzten Steuersenkungen aus der laufenden Gesetzesgesetzrevision umgesetzt werden, muss der Kanton zum wiederholten Male in sensiblen Bereichen wie der Umwelt, den Prämienverbilligungen, Gesundheit, Kultur und der Bildung Leistungen abbauen.

Das Scheitern der Finanzpolitik macht Fortschritte in vielen Politikbereichen schwierig bis unmöglich. Aus ideologischen Gründen bleibt die Mehrheit in Regierung und Parlament auch untätig, wenn die Frankenkrise die Situation für die Bevölkerung noch schwieriger macht. Die Bevölkerung kann sich immer weniger auf ihren Kanton verlassen. Der Aargau droht zum Discount-Kanton zu werden.

Gleichzeitig läuft von rechts ein Angriff auf das, was Gesellschaft im Kern ausmacht. Man macht uns seit Jahren weis, wir könnten auf die verschiedensten Herausforderungen keine politischen Antworten mehr geben – Klimakrise, Wirtschaftskrise, Flüchtlingskrise, etc. Ein Gefühl von Angst und Ohnmacht frisst eine gefährliche Schneise in unsere Gesellschaft. Die einzige Antwort der Rechten lautet: Weniger Demokratie! Einerseits deregulieren, liberalisieren, privatisieren zu Gunsten der Reichen und andererseits den repressiven Staat gegen Sozialhilfebezüger oder Flüchtlinge ausbauen. Diese Politik ist eine Bankrotterklärung für die Demokratie. Wir erleben eine Welle der politischen Polemik auf Kosten unserer Grundrechte.

Wofür die SP steht

35 Service public für Sicherheit und Gesellschaft

Die Sozialdemokratische Partei steht für eine andere Politik. Wahr ist: Politik kann unsere Gesellschaft nach wie vor gestalten – sie kann Antworten finden. Wir sehen im Ausbau des demokratischen Service public die Antwort auf Verunsicherung und Ohnmacht gegenüber einer scheinbar von zunehmend unkontrollierbaren Ereignissen gezeichneten Welt. Eine Gesellschaft nämlich, die kommenden Generationen ein schlecht ausgebautes Bildungssystem oder tiefe Spaltungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen überlässt, ist eine gescheiterte Gesellschaft.

45 Zukunftspolitik – Herausforderungen gemeinsam angehen

Wir stehen für eine Gesellschaft, die die Probleme unsere Zeit nicht als Vorbote der Apokalypse interpretiert, sondern als Herausforderungen für uns alle - die wir dann überwinden, wenn wir sie als gemeinsame gesellschaftliche Aufgaben begreifen. Niemand sagt, die drohende Deindustrialisierung des Kantons durch die verfehlte Politik der Nationalbank sei ungefährlich. Aber es gibt industriepolitische Antworten. Niemand sagt, die Integration von mehreren zehntausend Flüchtlingen sei problemlos. Aber sie ist machbar, wenn wir das wollen. Niemand sagt, die demografische Alterung stelle unsere Gesellschaft nicht vor neue Herausforderungen. Aber wir können sie als Chance für eine neue Zukunftspolitik begreifen, die uns allen mehr Freiheit und Selbstbestimmung bieten kann.

Politik für alle statt für wenige – auch im Aargau!

60 Sozialdemokratie an der Schwelle des 21. Jahrhunderts bedeutet, jeden Zukunftsfatalismus zurückzuweisen. Sie bedeutet der Politik der Angst und der Unsicherheit eine Politik der Demokratie und der Hoffnung gegenüberzustellen. Unser Kanton kann das, wenn wir eine Politik für alle statt für wenige machen!

Bildung

Ausgangslage

- 65 Viele Kantone haben bei der Bildung unverantwortliche Abbaupakete geschnürt. Weitere Kürzungen bei den Bildungsbudgets sind in Vorbereitung. Der Bildungsabbau geht weiter. Das Interesse am Lehrberuf ist nach wie vor bedenklich tief. In vielen Schulzimmern fehlt entsprechend ausgebildetes Fachpersonal wie Lehrpersonen und schulische Heilpädagoginnen und -pädagogen.
- 70 Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien besuchen weitaus seltener die Bezirks- oder Sekundarschule. Entsprechend wenige schaffen den Sprung ins Gymnasium. Trotz Anstrengungen des Bundes erreichen auch heute rund 15 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger die grundlegenden Bildungsziele der Volksschule nicht, verpassen den Abschluss auf Sek-II-Stufe und finden keinen Einstieg in die Berufsbildung.
- 75 Die Bildungspolitik lenkt ihre Aufmerksamkeit zunehmend auf die Aussenwirkungen der Schule, auf ihre vermeintliche Markt- und Wettbewerbsfähigkeit. Bildung wird so immer mehr auf die Produktion von Humankapital reduziert.

Grundziele der SP

Wir wollen eine starke öffentliche Schule für alle.

- 80 Chancengerechtigkeit für alle Menschen ist ein wichtiger Grundsatz jeglicher Bildungspolitik. Dies setzt voraus, dass jedes Kind auf eine ihm entsprechende Bildung zählen kann, unabhängig von der finanziellen Situation der Familie, vom Geschlecht, von der Herkunft und vom Wohnort. Ausserdem muss die Bildung wieder aufgebaut und weiter gestärkt werden.
- 85 Die Hauptaufgabe der Schule ist Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu selbständigen, verantwortungsbewussten, gesunden, sachkompetenten und gemeinschaftsfähigen Menschen – dies in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten. Bildung soll deshalb umfassend sein und sich nicht nur nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, sondern der Menschen und der Gesellschaft richten. Volksschule, Gymnasien und Berufsschulen müssen gestärkt werden, um die Gesellschaft zu stärken und das demokratische System sicherzustellen.
- 90

Unsere Forderungen

- 95 **Genügend Geld für die (Volks-)Schule:** Für einen qualitativ guten Unterricht braucht es genügend Lehr- und Fachpersonen auf allen Stufen sowie starke Schulleitungen mit genügend Ressourcen. Es darf keinen Abbau zulasten der Kinder und Jugendlichen sowie der Lehrpersonen geben.
- 100 **Flächendeckende Betreuungsstrukturen:** Jede Gemeinde braucht zwingend familienergänzende Kinderbetreuung. Diese stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung sicher. Zudem fördert sie die Integration und gleicht Benachteiligungen von Kindern aus sozial schwierigen und bildungsfernen Familien aus.
- 105 **Schulsozialarbeit für alle:** Die Schulsozialarbeit muss für jede Gemeinde verpflichtend eingeführt werden. Sie hilft der Schule bei ihren wachsenden sozialen und erzieherischen Aufgaben.
- 110 **Schutz für Berufslernende:** Es braucht auf kantonaler Ebene flankierende Massnahmen zum Arbeitsschutz für Berufslernende und Praktikantinnen und Praktikanten bis 30 Jahre. Die Allgemeinbildung darf in der Lehre nicht zu kurz kommen.
- 115 **Flächendeckende, bedarfsgerechte Berufsberatung:** Der Abbau der Berufsberatung ist ein fataler Fehler. Flexible Arbeitsbiografien brauchen fundierte Beratungsangebote. Die SP will das Recht auf eine (arbeits-)lebenslange, einkommensabhängig regulierte Berufsberatung für alle gesetzlich verankern.

Solidarität in der Berufsbildung: 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht.

120

Vorurteile abbauen, Realitäten der sexuellen Orientierung abbilden: Nicht-heterosexuelle Jugendliche sind nach wie vor stark von einer gesellschaftlichen Diskriminierung betroffen. Dies zeigt sich tragischerweise auch in einer erhöhten Suizidrate. Deshalb vermitteln die Lehrmittel des Kantons konsequent die Enttabuisierung und Gleichberechtigung von LGBTIQ-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, Transgender, Intersex und Questioning) mit Heterosexuellen.

125

Kostenloser Zugang zu Bildung: Der Zugang zur Bildung muss für alle gewährleistet sein und eine öffentliche Aufgabe bleiben. Die SP wehrt sich gegen die Abwälzung der Bildungsfiananzierung auf die Lernenden oder die Eltern. Lehrmittel müssen auf allen Stufen kostenlos sein. Bussen als diszipliniäre Massnahmen an Berufsschulen (z.B. für das „zu spät Kommen“) sind ungerecht und pädagogisch sinnlos, deshalb lehnen wir sie ab.

130

Wohnen

Ausgangslage

135 Selbständiges Wohnen ist ein zentraler Aspekt eines eigenständigen, selbstverantwortlichen Lebens. Wegen der spekulativen Preise von privatem Boden wird Wohnraum mehr und mehr zu einem Luxusgut – für Mieterinnen und Mieter genauso wie für Hausbesitzende. Angesichts der Raumknappheit in den Städten und Agglomerationen ist verdichtetes Wohnen angesagt. Wenn aber die Qualität der Überbauungen der Gewinnmaximierung geopfert wird, 140 kann dies zu sozialen Spannungen führen. Es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen, die einer Familie mit Kindern genügend Raum und Lebensqualität bieten. Das Bedürfnis von Familien nach Raum und Abgrenzung ist damit zu wenig berücksichtigt. Dass mehrere Generationen zusammen wohnen, ist heute räumlich kaum mehr zu realisieren. So wird auch Wohnen im Alter immer mehr zur Herausforderung.

145

Grundziele der SP

Wir wollen, dass sich alle bedürfnisgerechtes Wohnen leisten können.

150 Alle müssen sich Wohnraum leisten können, welcher ihrer aktuellen Lebens- und Alterssituation entspricht. Menschenwürdig und selbstbestimmt wohnen zu können, darf kein Luxus sein, den nur noch wenige verwirklichen können. Es braucht neue, unterschiedliche Bau- und Wohnformen, die verschiedene Lebensplanungen ermöglichen und so der modernen Gesellschaft Rechnung tragen. Kanton und Gemeinden müssen über eigenes Land verfügen – und dieses für Wohnungsbau einsetzen. Immobilien sollen nicht zur kurzfristigen Finanzsanierung verkauft werden. Der soziale und der gemeinnützige Wohnungsbau müssen gefördert werden.

155

Unsere Forderungen:

160 **Bezahlbare Wohnungen für alle:** Kanton und Gemeinden müssen sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau bewusst und gezielt forcieren, damit bezahlbare Wohnungen für alle Alters- und Einkommenssegmente zur Verfügung stehen.

165 **Förderung von Wohnbaugenossenschaften:** Kanton und Gemeinden sollen Wohnbaugenossenschaften fördern und mit günstigem Bauland unterstützen.

170

Bauland nicht privatisieren: Land im Besitz der öffentlichen Hand darf nicht verkauft werden. Gemeinden sollen ihren Baulandbesitz erhalten und ihn zur Wohnbauförderung einsetzen. Öffentlicher Grund und Boden ist grundsätzlich öffentliches Eigentum und nicht ein Renditeobjekt.

175

Gemeinsam statt einsam: Die Gemeinden sollen ihren Raum so planen, dass sich Generationen in den Quartieren durchmischen. Bezahlbare Wohnüberbauungen und Wohnen im Alter gehören ins Zentrum und nicht an den Rand der Gemeinde.

175 **Wohnraum für Junge:** Junge Menschen brauchen in städtischen Gebieten bezahlbare Möglichkeiten, um neue Wohnformen und Arten des Zusammenlebens erproben zu können.

180 **Einrichtung einer kantonalen Stiftung für Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum:** Der Kanton gründet eine Stiftung, deren Ziel darin besteht, preisgünstigen Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum in Regionen und Städten zu erstellen, zu kaufen und zur Verfügungen zu stellen, gerade dort, wo dieser von starken Preissteigerungen betroffen ist.

Gesundheit

Ausgangslage

185 Die öffentliche Hand zieht sich zunehmend aus der Finanzierung der Gesundheitskosten zurück. Das führt zur steigenden Belastung der Menschen, insbesondere für Finanzschwache. Das unsoziale Kopfprämienystem der Krankenversicherungen mit Franchisen und Selbstbehalt wird immer ungerechter. Hinzu kommt, dass bei Einsparungen häufig Präventionsmassnahmen gestrichen werden. So können sich diese nur noch finanziell besser gestellte Bevölkerungsschichten leisten.

190 Der Versorgungsnotstand wird durch den Mangel an qualifiziertem Personal zusätzlich verstärkt. Pflegefachpersonen sind auf Grund von bürokratischem Mehraufwand und immensem Zeitmangel nicht mehr in der Lage, pflegebedürftige Menschen adäquat und umfassend zu betreuen. Diese Missstände zu beheben ist eine der grössten Herausforderungen im Gesundheitswesen.

195 Die ambulante Medizin, vor allem getragen durch Hausärztinnen und -ärzte sowie die Spitex, fristet nach wie vor ein Schattendasein gegenüber der Spitalmedizin. Obwohl sie sehr günstig und effizient ist, wird sie von der öffentlichen Hand kaum finanziert.

200 Grundziele der SP

Wir wollen eine öffentlich finanzierte Gesundheitsversorgung für alle.

Es braucht eine qualitativ hochstehende, soziale Gesundheitsversorgung. Sie muss für alle Menschen zugänglich sein, unabhängig von deren sozialem Status und deren finanzieller Leistungskraft. Zudem soll sie für das Personal ein menschenwürdiges, attraktives Arbeitsumfeld bieten. Die notwendigen Leistungen muss die öffentliche Hand mit Steuereinnahmen finanzieren. Gesundheitsversorgung darf keine Privatsache werden.

205 Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist richtig und muss gleichwertig finanziert werden. Prävention sichert die Gesundheit und steigert die Lebensqualität. Das soll für alle gelten: Prävention und Gesundheitsförderung dürfen nicht nur für Bevölkerungsschichten mit höherem Bildungsgrad und Einkommen zugänglich sein.

Unsere Forderungen:

215 **Bezahlbare Krankenkassenprämien:** Wer mehr als 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss, soll Krankenkassenprämienverbilligungen erhalten. Dafür sorgt die SP-Initiative "Bezahlbare Pflege für alle".

220 **Regionale Notfallversorgung mit Qualität:** Es braucht für die Bevölkerung regionale Anlaufstellen bei Notfällen, welche die medizinische Erstversorgung in hoher Qualität sicherstellen.

Öffentlich finanzierte ambulante Pflege: Die ambulanten Leistungen sind kostengünstiger und oft wirkungsvoller für den Erhalt der Selbständigkeit. Sie müssen deshalb stärker öffentlich finanziert werden.

225 **Mehr Pflegepersonal:** Der Kanton muss sich für gute Aus- und Weiterbildung sowie für fortschrittliche Anstellungsbedingungen im Gesundheitswesen einsetzen. Nur so können die Herausforderungen gemeistert werden.

230 **Liberale Drogenpolitik:** Cannabis soll legalisiert werden. Dies ermöglicht einen sicheren Konsum und vereinfacht die Präventionsarbeit.

Gesellschaft und Sozialwesen

Ausgangslage

235 Der Kanton hat zwar eine Sozialplanung erstellt. Es fehlt aber der Wille, diese auch umzusetzen und zu finanzieren. Es gibt kein Bewusstsein für eine nachhaltige und wirksame Familienpolitik. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Familien werden nicht anerkannt und angegangen.

240 Ebenso befasst sich die Politik zu wenig mit der demographischen Entwicklung und deren Folgen für unsere Gesellschaft. Auch die jungen Menschen haben keine starke Lobby, die ihre Bedürfnisse ernst nimmt. Ihre Rechte werden zunehmend beschnitten und die Erwartungen an sie hochgeschraubt.

Die Chancengleichheit aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Herkunft oder aufgrund einer physischen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigung ist in vielen Belangen noch nicht verwirklicht.

245 Grundziele der SP

Wir wollen Gleichberechtigung für alle ermöglichen.

Die Familien müssen in ihren sämtlichen heute vorhandenen Lebensformen gestärkt werden. Kinder grossziehen darf nicht mehr länger ein Armutsrisiko sein.

250 Die Menschen müssen sicher sein, dass sie auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben können. Wer in einer Pflegeinstitution lebt, darf deswegen nicht von der Sozialhilfe abhängig werden.

Jugendliche und junge Erwachsene sollen stärker in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Sie müssen sich frei vom Leistungsdruck in der Gesellschaft Gehör verschaffen können.

255 In einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft braucht es neue Modelle der ökonomischen Inklusion der Sorge- und Betreuungsarbeit sowie des Zusammenlebens, der Familie, der Arbeit und der Gemeinschaft. Nur so kann Gleichberechtigung auf verschiedenen Ebenen ermöglicht und gelebt werden.

260 Unsere Forderungen

Kinderbeihilfen für Familien: Die einkommensschwachen Familien brauchen mehr Unterstützung, damit sie aus der Armutsfalle herauskommen. Die SP-Initiative "Chancen für Kinder – Zusammen gegen Familienarmut" sorgt dafür.

265 **Alternative Wohnformen für 65+:** Es braucht neue Wohnformen für den älteren Teil der Bevölkerung. Aktive Prävention und Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh beginnen.

270 **Freiräume:** Die Jugend braucht Orte und Räume, an denen sie sich treffen und entfalten kann, sozial, kulturell, künstlerisch, politisch und musikalisch. Gerade in den vielen ländlichen Regionen des Aargaus mangelt es an offener Jugendarbeit und Jugendtreffs. Solche Angebote müssen zur Pflichtaufgabe für Gemeinden oder Gemeindeverbände werden.

275 **Aktive Jungparteien:** Jungparteien müssen finanziell unterstützt werden. So können Hürden zur Wahl und Abstimmungsteilnahme abgebaut werden.

280 **Ausbau der Demokratie:** Im Aargau soll das Stimm- und Wahlrecht ab 16 eingeführt werden. Es braucht das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene für Menschen mit Niederlassungsbewilligung.

- 285 **Gleicher Lohn für alle:** Frauen müssen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen wie Männer. Dazu braucht es Lohntransparenz, Geschlechterquoten für Kader und flexible Arbeitszeitmodelle – in der kantonalen Verwaltung und in der Privatwirtschaft. Der Kanton hat dabei eine Vorreiterrolle zu übernehmen, indem er bis in 10 Jahren die Umsetzung einer Geschlechterquote von 50 Prozent in der Verwaltung verwirklicht hat.
- 290 **Familienrealitäten des 21. Jahrhunderts ernst nehmen, Elternzeit jetzt:** Der Kanton Aargau unterstützt Unternehmen bei der Einführung einer Elternzeit oder eines Vaterschaftsurlaubs von mindestens 20 Tagen. Er verankert darüber hinaus für die Kantonsangestellten einen Vaterschaftsurlaub in dieser Höhe bei mindestens 80 Prozent Lohnausgleich.
- 295 **Keine Diskriminierungen:** Der Kanton soll sich aktiv dafür einsetzen, dass neue Modelle zum gleichberechtigten Zusammenleben für alle ermöglicht werden. Der Kanton soll sich deshalb auch auf nationaler Ebene für die gleichgeschlechtliche Ehe einsetzen.
- 300 **Alternative Wohnformen für 65+:** Es braucht neue Wohnformen für den älteren Teil der Bevölkerung und für das generationendurchmischte Wohnen. Aktive Prävention und Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh beginnen.

Migration und Asyl

Ausgangslage

305 Europa erlebt zurzeit eine Migrationsbewegung, die in ihrem Ausmass einmalig ist. Sie wird ausgelöst durch Krieg und Gewalt vor allem im Nahen Osten, aber auch durch die ungerechte Verteilung des Reichtums zwischen den Ländern des Nordens und des Südens. Dazu braucht es das Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung in den Auswanderungsländern. Auch die scheinbar neutrale Schweiz mischt hier mit. Mit dem Export von Rüstungsgütern in aktuelle politische Brandherde macht sich die Schweiz an Leid und Trauer von Tausenden Menschen mitschuldig.

310 Die Wanderung von Menschen, die vor Kriegen, Naturkatastrophen und politischer Verfolgung flüchten und in Europa ein besseres Leben suchen, lässt sich kurzfristig nicht unterbinden. Langfristig liesse sich dieses Problem nur mit einer vernünftigen Entwicklungspolitik und Hilfe vor Ort lösen, diese wird aber von rechtsbürgerlichen Parteien immer weiter beschnitten. Die Migration ist eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Um ihr vernünftig zu begegnen, braucht es europäische Lösungen.

315 Die Schweiz war und bleibt ein Einwanderungsland. Sie hat wirtschaftlich immer von Migrantinnen und Migranten profitiert und wurde von ihnen auch auf gesellschaftlicher Ebene bereichert.

320

Grundziele der SP

Wir wollen die humanitäre Tradition der Schweiz aufrechterhalten.

325 Die Schweiz und auch der Kanton Aargau müssen die Migration grundsätzlich als Potenzial und nicht als Bedrohung betrachten. Es braucht eine Ausländerpolitik, die mittel- und langfristig auf Integration ausgelegt ist – einen Prozess, der von allen Beteiligten Respekt und Dialogbereitschaft verlangt. Kanton und Gemeinden müssen sich zur konkreten Integrationsförderung verpflichten. Diese darf auch etwas kosten. Migration, Flüchtlinge und Schweizer und Schweizerinnen sollen sich in Arbeit, Schule und Freizeit begegnen.

330 Die Tradition der humanitären Schweiz muss aufrechterhalten werden: Das Recht auf Schutz darf Kriegsflüchtlingen nicht aufgrund innenpolitischer Stimmungen aberkannt werden. Es braucht konsequente und effiziente Asylverfahren, die den Asylsuchenden ihre Würde und ihre individuellen Rechte garantieren. Dafür müssen Asylsuchende kurzfristig in hoher Zahl menschenwürdig untergebracht werden können. Auch der Kanton und alle Gemeinden müssen dazu ihren Beitrag leisten.

335

Unsere Forderungen:

340 **Verantwortung für weltweite Entwicklung übernehmen:** Der Kanton anerkennt gerade angesichts der Flüchtlingskrise die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) als wichtige Aufgabe aller Ebenen der öffentlichen Hand. Der Kanton Aargau reserviert deshalb einen steigenden Anteil seines Budgets für Projekte der EZA, ab 2017 mindestens 0,1 Prozent. Ziel ist das Erreichen der gesamtschweizerischen Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens innerhalb der laufenden Legislatur.

345 **Nationale Asylpolitik:** Der Kanton muss die Asylpolitik des Bundes unterstützen, die dank Bundeszentren die Asylverfahren koordinieren und beschleunigen will. Dazu soll er bereit sein, Bundeszentren auch auf seinem Territorium zu führen.

350 **Gerechte Verteilung von Asylsuchenden:** Jede Gemeinde muss die für sie vorgesehene und von der aktuellen Situation abhängige Zahl von Asylsuchenden aufnehmen und ihnen eine menschenwürdige Unterkunft bieten. Kleine Gemeinden sollen dabei regionale Lösungen anstreben.

355 **Verantwortung für Asylbewerberunterkünfte:** Um eine Asylbewerberunterkunft erstellen zu können, darf der Kanton nicht von der Vergabe einer Baubewilligung durch die Standortgemeinde abhängig sein. Er verpflichtet sich dafür, die Gemeinde jederzeit transparent zu informieren.

360 **Förderung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen:** Mittels gezielter Integrationsmassnahmen sollen Asylsuchende frühzeitig auf eine Erwerbstätigkeit vorbereitet und in den Arbeitsprozess eingegliedert werden.

365 **Besonderer Schutz von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMAs):** UMAs brauchen eine kinder- und jugendgerechte Betreuung in separaten Unterkünften und sofortigen Zugang zu Schulunterricht und Ausbildungsmöglichkeiten.

370 **Pflicht der Gemeinden zur Aufnahme von Asylsuchenden:** Jede Gemeinde muss die für sie vorgesehene und von der aktuellen Situation abhängige Zahl von Asylsuchenden aufnehmen und ihnen eine menschenwürdige Unterkunft bieten. Die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung beim Kanton von der Aufnahmepflicht freizukaufen (Ersatzvornahme) soll abgeschafft werden. Kleinstgemeinden können regionale Lösungen anstreben.

375 **Bedarfsgerechte psychiatrische Betreuung für Traumatisierte:** Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge müssen im Bedarfsfall zu psychiatrischer Betreuung Zugang haben.

Kriegsmaterialverbot: Der Kanton Aargau setzt sich aktiv für ein Verbot des Exports von Kriegsmaterial auf nationaler Ebene ein.

380

Demokratie und Service public

Ausgangslage

Die demokratischen Grundwerte verlieren mit dem grassierenden rechtsbürgerlichen Populismus zunehmend ihre Festigkeit und Selbstverständlichkeit. Der Staat und die damit verbundenen demokratische Werte wie die Gewaltentrennung und der Schutz von Minderheiten werden öffentlich lächerlich gemacht. Der Staat wird im politischen Diskurs zunehmend zum Feind der Freiheit und nicht mehr zu deren Garanten. Die permanente Diffamierung des Staates wirkt destabilisierend. Sie gefährdet unser Land in seinen Grundfesten.

Der mit einem starken Staat verbundene Service public kommt zunehmend unter Druck – und gerät dabei unter die Abbauräder der Kantone. Das merken die Bürgerinnen und Bürger, denn die Dienstleistungen in kostenintensiven Bereichen können von privaten Anbietern nicht im notwendigen Umfang erbracht werden. Die Privatisierung hat nicht die gewünschten Effekte wie Wirtschaftlichkeit und Rentabilität gebracht. Im Gegenteil: Der Ruf nach höheren Gewinnen hat die Branchen unter Druck gesetzt. Das hat zu Personal- und letztlich zu Leistungsabbau geführt.

395

Grundziele der SP

Wir wollen einen starken, demokratisch kontrollierten Service public für alle.

Der Service public soll von der gesamten Bevölkerung gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit finanziert werden. Dies geschieht am besten mit Staatseigentum und Staatsbetrieben: Die Kapitalgeber sind dabei gleichzeitig Leistungsempfänger, die Bevölkerung kann auch indirekt Einfluss auf die Betriebsführung nehmen und damit die Preispolitik beeinflussen. Staatliche Betriebe müssen in der öffentlichen Hand verbleiben und dürfen nicht privatisiert werden. Denn sie tragen zum sozialen Ausgleich und zur Rückverteilung von oben nach unten bei.

Die demokratischen Strukturen zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und des sozialen Friedens in der Schweiz müssen gestärkt werden. Zur Identitätsfindung und -diskussion braucht es zudem die staatlich geförderte Kultur.

Unsere Forderungen:

410

Keine Privatisierung von Staatsbetrieben: Die regierungsrätliche Eigentümerstrategie, die immer wieder mit Privatisierungen der Kantonbank und anderer Staatsbetriebe liebäugelt, gilt es zu bekämpfen. Staatliche Betriebe wie die Kantonbank müssen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben.

415

Kultur für alle: Die Förderung und finanzielle Unterstützung von lokalen und regionalen Kulturinstitutionen ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Der Zugang zur Kultur für alle muss sichergestellt werden.

420

Ehrliche Finanzierung: Der Kanton soll seine Aufgaben in Kultur, Sozialbereich und Bildung selber finanzieren. Er darf die Finanzierung nicht auf den Lotteriefonds abschieben, der die Unterstützung nicht rechtlich garantieren kann.

425

Einstehen für schweizerische Errungenschaften: Auch der Aargau muss dem Schutz der Minderheiten Sorge tragen. Der Rechtsstaat darf nicht wegen politischer Partikularinteressen und populistischer Strömungen untergraben werden. Das Gemeinwohl steht über den Eigeninteressen und muss in der öffentlichen Diskussion zunehmend stärker verteidigt werden.

430

Endlich saubere Politik: Die Politikfinanzierung auf kantonale Ebene muss transparent und offengelegt werden. Spenden an Parteien, Kampagnenkomitees und Kandidierende auf kantonaler Ebene ab Sfr. 5'000 sind öffentlich zu deklarieren.

Finanzen und Steuern

Ausgangslage

435 Kantone und Gemeinden liefern sich in der Schweiz einen ruinösen Steuersenkungswettbewerb. Alle Bemühungen zur Steuerharmonisierung werden konsequent verhindert. Der Wettbewerb um hohe Einkommen und grosse Unternehmen untergräbt die Prinzipien des föderalistischen und solidarischen Staates. Und er zerstört weitere Standortfaktoren, die den wirtschaftlichen Erfolg ausmachen, wie ausgebaute Infrastruktur, gut ausgebildete Fachleute, hohe Sicherheit oder gute Lebensqualität.

440 In den letzten 15 Jahren sind die Steuertarife insbesondere für juristische Personen sowie für Vermögende und Gutverdienende auch im Aargau regelmässig stark gesenkt worden. Nun fehlen dem Kanton die Mittel für wichtige staatliche Leistungen. Diese werden abgebaut im Jahrestakt, Kosten auf Gemeinden abgewälzt und Gebühren erhöht. Streichen (Wiederholung) Der Kanton handelt ungerecht: Für die früheren Steuergeschenke an einige wenige muss nun die ganze Bevölkerung bezahlen.

Grundziele der SP

Wir wollen nachhaltige Steuern für einen solidarischen Staat.

450 Steuern sind kein Selbstzweck. Sie finanzieren die Dienstleistungen des Staates für die ganze Bevölkerung. Dafür muss der Staat genügend Steuern einnehmen können. Die Steuerhöhe richtet sich also nach den zukünftigen Bedürfnissen, nach einer langfristigen Finanzplanung – und nicht nach kurzfristigen, vermeintlichen Gewinnen im Steuerwettbewerb. Die progressive Besteuerung sorgt dabei für eine gerechte Verteilung des Reichtums.

455 Der Kanton Aargau muss zurückfinden zu einer vernünftigen, nachhaltigen Steuerpolitik – und zu einer gerechten Steuerbelastung: Dabei spielt nicht nur der Steuertarif eine Rolle, sondern auch die Gebührenlast, die in den letzten Jahren gerade für Familien und untere Einkommen zugenommen hat.

Unsere Forderungen

460

Steuern anstatt unsolidarische Gebühren: Der Kanton muss konsequent auf neue Gebühren für staatliche Leistungen verzichten, vor allem in der Bildung. Diese sind mit Steuermitteln zu finanzieren.

465 **Faire Vermögensbewertung:** Es braucht möglichst schnell eine allgemeine Neubewertung der Liegenschaften, die seit Jahren zu tief bewertet sind, was zu millionenhohen Mindereinnahmen führt.

470 **Faire Vermögenbesteuerung:** Die SP Aargau fordert eine Anpassung der Besteuerung von Vermögen. Vermögensteile über zwei Millionen Franken sollen mit mindestens 1 Prozent besteuert werden, wie das die Initiative der JUSO Aargau „Für eine faire Vermögenssteuer“ fordert.

475 **Gerechte Besteuerung aller Partnerschaften:** Im Kanton Aargau muss die Besteuerung von Paaren durch die Individualbesteuerung ersetzt werden.

480 **Gerechte Verteilung von Unternehmenssteuern:** Steuern von juristischen Personen sollen unter den Gemeinden der jeweiligen Standortregionen oder unter allen Gemeinden des Kantons gerecht verteilt werden.

Steuersolidarität in der Schweiz: Der Kanton muss sich für nationale Steuerharmonisierungsprojekte einsetzen. Er soll konsequent Bestrebungen zu Flat-Tax-Modellen in den Kantonen bekämpfen.

485 **Keine ungerechten Steuergeschenke:** Die Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen der Jahre 2006 und 2012 müssen rückgängig gemacht werden.

Steuergerechtigkeit bei Unternehmen: Die Verwaltung muss mehr Personal zur Kontrolle der Steuerdeklarationen der Unternehmen anstellen – und kann damit jährlich Steuerausfälle in Millionenhöhe verhindern.

490

Nachhaltige Investitionspolitik auch bei Staatsanstalten: Anstalten des Kantons oder Unternehmen unter mehrheitlicher Kontrolle des Kantons sind Investitionen in ethisch und ökologisch fragwürdige Projekte verboten. Dazu gehört insbesondere die Spekulation mit Nahrungsmitteln oder die Herstellung von Kriegsmaterial.

Wirtschaft

Ausgangslage

Das neoliberale Wirtschaftsmodell hat ganz Europa an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds gebracht: Staatsabbau, Deregulierung des Finanzsektors, überbordender Wettbewerb und hemmungslose Abzocker-Manier lassen Firmen einstürzen und Arbeitsplätze verschwinden. Die Arbeitsbedingungen für Lohnabhängige verschlechtern sich massiv und die Vermögen verteilen sich mehr und mehr ungleich – es kommt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben.

Die exportorientierten Industrien im Kanton Aargau und ihre Zulieferbetriebe sind vom überbewerteten Franken stark betroffen. Dies hat zur Folge, dass Arbeitsplätze abgebaut und ins Ausland ausgelagert werden. Es droht eine Deindustrialisierung.

Auch im Kanton Aargau hinterlassen die Rezepte des Neoliberalismus Spuren: Es werden staatliche Leistungen abgebaut und an Private ausgelagert. Der Kanton beteiligt sich an einem hemmungslosen, zerstörerischen Steuerwettbewerb, und auch bei den Gemeinden ist der Steuersenkungsdruck gross. Kantonale Wirtschaftspolitik konzentriert sich seit rund 15 Jahren vor allem auf so genannte Entlastungsprogramme und Steuersenkungen für Unternehmen.

Grundziele der SP

Wir wollen nachhaltiges Wachstum, das allen zugute kommt.

Wir wollen eine kantonale Wirtschaftspolitik, die sich an einem nachhaltigen Wachstum orientiert: Wirtschaftswachstum ist nicht ein Ziel an sich, sondern der Weg zu mehr Lebensqualität für alle und zu einer gerechten Verteilung von Gütern und Vermögen. Es sichert Steuereinnahmen, damit der Staat die Qualität seiner Dienstleistungen ausbauen kann. Bedürfnisgerechte Sozialleistungen und -unterstützung, ausgebaute Infrastrukturen sowie attraktive Ausbildungsangebote und Wohn- und Lebensräume wirken sich wiederum positiv auf die Wirtschaft aus.

Der Kanton Aargau soll Leitplanken setzen, damit die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu negativen sozialen oder ökologischen Auswirkungen führt. Soziales Unternehmertum mit innovativen Ideen, Beiträgen zum sozialen Zusammenhalt und ökologischen Konzepten soll gefördert werden.

Gleichzeitig soll der Kanton eine aktive Standortförderung betreiben. So kann sich die Wirtschaft dem Strukturwandel stellen und attraktive Arbeitsplätze anbieten. Sie soll sich dafür auf Ihre Stärken konzentrieren, die im Hightech- und Cleantechbereich und in der guten Erreichbarkeit von interessanten und renommierten Ausbildungsinstitutionen liegen.

530 Unsere Forderungen

Mindestlohn für alle: Der Kanton Aargau setzt sich auf nationaler Ebene für einen Mindestlohn und für Normal-Arbeitsverträge in allen Branchen ein. Innerhalb des Kantons wird ein Mindestlohn festgesetzt.

Fairness am Arbeitsplatz: Die Zahl der Kontrollbesuche betreffend die flankierenden Massnahmen muss erhöht und auf Branchen wie z.B. Dienstleistungen im IT-Bereich ausgeweitet werden. Dies verhindert Lohndumping und bekämpft Schwarzarbeit konsequent.

Attraktive Arbeitsplätze: Die Hightech-Initiative und die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Ausbildungsinstitutionen im Aargau müssen vermehrt gefördert werden. Insbesondere die Förderung von jungen Ingenieur_innen und Entwickler_innen bei der Ausarbeitung und Durchführung von innovativen Ideen muss verstärkt werden.

Förderung des sozialen Unternehmertums: Unternehmen, für die der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit mehr zählt als die Gewinnerzielung und die ihre Überschüsse hauptsächlich zur Erlangung dieser gesellschaftlichen Ziele einsetzen, sollen vom Staat gefördert werden.

550 **Politik gegen Deindustrialisierung:** Der Kanton muss sich bei den Firmen aktiv für den Standort Aargau einsetzen und die drohende Deindustrialisierung bekämpfen.

555 **Wirtschaftlich durch Ökologie:** Der Kanton soll die Mittel zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Unterstützung von energetischen Gebäudesanierungen erhöhen. Dabei öffnet er sich der Zukunftsgestaltung des Gemeinwohls: Ressourcen zwischen Effizienz und Suffizienz!

560 **Konsequent nachhaltig beschaffen:** Der Kanton passt sein Beschaffungswesen konsequent an soziale und ökologische Kriterien an. So müssen in Zukunft Produkte aus fairem Handel, demokratischen Unternehmen oder Unternehmen mit einer Mindestanzahl an Lehrlings- und IV-Integrationsstellen konsequent bevorzugt werden. Der Nachweis von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit wird obligatorisch.

565 **Förderung demokratischer und sozialer Unternehmen:** Der Kanton unterstützt und fördert Unternehmen, die demokratisch organisiert sind und für die der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit mehr zählt als die Gewinnerzielung.

Arbeitsplätze und Mindesteinkommen: Die SP Aargau setzt sich ein für Arbeitsplätze und gleichzeitig für alternative Angebote für die Existenzsicherung ohne Entwürdigung. Das garantierte Mindesteinkommen ist eine Möglichkeit dafür.

Sicherheit

570 **Ausgangslage**

Die Gefühle von Unsicherheit und Angst in unserer Gesellschaft haben vielfältige Ursachen: Der Abbau von Versorgungsnetzen im Service public, Veränderungen und Leistungsdruck am Arbeitsplatz, Ängste um die materielle Sicherheit – aber auch die vermehrte und emotionale Thematisierung von Gewalt und Kriminalität in den Medien. Der Staat muss – neben der Verhinderung von Straftaten – seinen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Umfeld das Gefühl von Sicherheit bieten. Damit er diese Aufgabe wahrnehmen kann, benötigt er genügend personelle und finanzielle Mittel.

575 Den besten Schutz für die Menschen bieten Chancengerechtigkeit, eine um Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen bemühte Gesellschaft, materielle Sicherheit, eine faire Verteilung der Ressourcen, sichere und für alle benutzbare öffentliche Infrastrukturen und ein gut ausgebautes Bildungssystem. Öffentliche Sicherheit ist gleichbedeutend mit sozialer Sicherheit.

580 Um dem Gefühl der Sicherheit nachzukommen, erweitert der Bund die Kompetenzen des Nachrichtendienstes mit den Gesetzesrevisionen des BÜPF und NDG. Dank den neuen Beschaffungsmassnahmen, darunter auch die unverhältnismässige Kabelaufklärung und gespeicherte Vorratsdaten sowie einem veritablen Datenbanken-Chaos und geheimen Speicherrungsfristen, öffnet das neue Gesetz dem Schnüffelstaat Tür und Tor und gefährdet so die Neutralität der Schweiz.

590 **Grundziele der SP**

Wir wollen, dass das Gewaltmonopol beim Staat bleibt.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit gehört zum Service public. Sie muss Aufgabe der Polizei sein und bleiben. Sie darf nicht privaten Firmen oder Bürgergruppierungen überlassen werden. Das Gewaltmonopol muss zwingend beim Staat bleiben, um Missbrauch und Willkür vorzubeugen. Bei der Aargauer Kantonspolizei, dem verhältnismässig kleinsten Polizeikorps der Schweiz, dürfen deshalb keine Mittel abgebaut werden.

595 Der Kanton muss präventive Massnahmen treffen. Immer mehr Frauen, Männer und Kinder sind zudem von Gewalt in Familie und Partnerschaft betroffen. Diese ist nicht Privatsache. Der Kanton ist zudem gefordert, mit geeigneten und sichtbaren Massnahmen die Bevölkerung vor schweren Gewalttaten zu schützen und den Opferschutz weiter auszubauen.

600 **Unsere Forderungen**

Vernünftige Polizeipräsenz: Der Kanton darf bei der Polizei keine Mittel kürzen.

605 **Sicherheit dank Personal:** Um ihren Job zu machen und auch in Notsituationen schnell Sicherheit zu schaffen, brauchen die Justizorgane mehr Personal – vor allem bei den Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden.

610 **Jugendliche begleiten:** Zur Prävention gegen die Delinquenz von Jugendlichen braucht es mehr Jugend- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie speziell ausgebildete Jugendpolizistinnen und -polizisten.

615 **Sicher im öffentlichen Raum:** Um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken, braucht es eine angemessene nächtliche Strassenbeleuchtung. Der Kanton muss die Leistungsfähigkeit der Polizei gewährleisten und darf sicherheitspolitische Aufgaben nicht an Private auslagern.

620 **Sicherer Strassenverkehr:** Der Kanton muss einen sicheren Strassenverkehr ohne Raser-Exzesse garantieren, auch durch erhöhte Präsenz und gezielte, konsequente Kontrollen.

Energie

Ausgangslage

Der geregelte Atomausstieg wurde von Bundesrat und Parlament beschlossen und mehrfach bestätigt. Es gilt, diesen Weg auch mit veränderten politischen Mehrheiten weiterzugehen. 625 Dazu braucht es eine Energiepolitik, die den Bezug von Atomstrom oder CO₂-belastetem Strom aus dem Ausland sukzessive abbaut und auf eine umweltgerechte Versorgung mit erneuerbaren Energien setzt. Mit neuen Technologien ist es möglich, den Verbrauch ohne Komfortverlust für Individuen und Gesellschaft zu senken – und dem Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft näherzukommen. Für den Standortkanton des ältesten Atomreaktors der Welt ergibt sich für den Aargau dabei eine besondere Verantwortung und Herausforderung. 630 Ein Drittel der Energie wird im Verkehr verbraucht. Der Aargau baut aber unvermindert Strassen aus unter dem Scheinargument, Staus zu vermeiden, und trägt damit zu einem Anstieg des Verkehrs und des Energieverbrauchs bei. Seit 2009 ist der Erdölpreis auf ein Viertel gesunken und hat die Preise aller anderen Energieträger mitgerissen. Anreize fehlen, um Erdöl zu sparen. 635

Grundziele der SP

Wir wollen Energieeffizienz und dezentrale Stromproduktion.

Der Kanton muss bei seiner Energiepolitik die Energieeffizienz ins Zentrum stellen. Kanton 640 und Gemeinden sollen bei ihren Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen. Energieeffizienz und der Einsatz von Photovoltaikanlagen sollen auch bei privaten Gebäuden gezielt eingefordert und finanziell gefördert werden. Es braucht eine dezentrale Energieproduktion, also ein Netz kleiner Anlagen, die Energie dort produzieren, wo sie gebraucht wird, um lange Transportkosten zu vermeiden. Grössere Kraftwerke, Windparks, Solarfelder etc. sind an sinnvollen Orten aufzustellen. 645 Um den Rückstand der Schweiz bei den erneuerbaren Energien wettzumachen, sollten mehr kantonale Investitionen in die Forschung getätigt werden – denn die Energiezukunft ist zu 100 Prozent erneuerbar. Der Kanton muss sich für den Atomausstieg und damit auch für die sofortige Abschaltung von Beznau 1 und 2 einsetzen. Ein Atommülllager im Bözberg als politisch einfachste Option ist für den Aargau nicht tragbar. 650

Unsere Forderungen

655 **Energie, wo sie gebraucht wird:** Zur Förderung der dezentralen erneuerbaren Stromproduktion im Aargau braucht es ein finanzielles Förderprogramm, kantonseigene Anlagen sowie Leistungsvereinbarungen mit AEW und Apxo.

660 **Mehr Energieeffizienz:** Der Kanton setzt seine Energiestrategie um und schafft die Instrumente sowie die Finanzierung dazu. Insbesondere ist Energieeffizienz in den kantonseigenen Liegenschaften umzusetzen.

665 **Fossil-Rappen:** Der Kanton erhebt auf Strom aus fossilen Brennstoffen eine Abgabe von mindestens 4-5 Rappen/kWh, um die erneuerbaren, einheimischen Energien und die Energieeffizienz im Kanton zu fördern. Der Kanton setzt sich in Bern ein für die gleiche Regelung schweizweit. Davon ausgenommen ist Transitstrom.

670 **Forschung für die Zukunft:** Der „Energiekanton“ Aargau soll mit regionalen Bildungs- und Forschungsinstitutionen zusammenarbeiten, um Konzepte für eine ökologische Energieversorgung zu entwickeln und insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Speicherung zu verbessern. Erworbenes Wissen soll umgesetzt und unverzüglich in die (Weiter-)Bildung eingebracht werden.

675 **Weg mit dem Atomrisiko:** Der Kanton muss sich für die schnellstmögliche Abschaltung der beiden ältesten Atomreaktoren der Welt, Beznau 1 und 2, einsetzen. Er beteiligt sich an einer Abwicklungsgesellschaft, sofern verbindliche Abschalttermine festgelegt werden.

680 **Kein Atommüll im Bözberg:** Der Kanton Aargau muss sich auf Bundesebene dagegen wehren, dass das Atommüll-Endlager im Bözberg gebaut wird, nur weil es als die politisch einfachste Option erscheint.

Keine weitere Liberalisierung: Der Kanton sorgt dafür, dass die Wasserkraftwerke vollständig in seinem Besitz bleiben und nicht an Spekulanten veräußert werden. Der Kanton wehrt sich gegen eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes.

685

Mobilität

Ausgangslage

690

Das Bedürfnis nach Mobilität und der Verkehr sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsen. Grund dafür ist die räumliche Trennung von Wohnort, Arbeitsort sowie Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Schon jetzt sind aber viele Infrastrukturen des Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs mindestens zu Stosszeiten überlastet.

Der Kanton Aargau weist einen hohen Motorisierungsgrad auf: Über die Hälfte der Aargaerinnen und Aargauer besitzt ein Auto. Damit liegt der Kanton deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Dies hat mit der starken Zersiedelung zu tun. Es legt aber auch offen, dass die Abdeckung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach wie vor unzureichend ist.

695

Grundziele der SP

Wir wollen die Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr

700

Auch im Aargau versuchte die Politik bisher, dem steigenden Mobilitätsbedürfnis gerecht zu werden, indem sie gleichzeitig den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr ausbaute. Diese gleichmässige Förderung ist in Zukunft finanziell nicht mehr möglich. Wegen der negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs auf die Umwelt, die Landschaft und die Lebensqualität ist sie auch nicht mehr angezeigt: Der motorisierte Individualverkehr muss in erster Linie vermieden und in zweiter Linie verlagert werden.

705

Das Strassennetz darf nicht mehr weiter ausgebaut werden. Denn es zerstört den Lebensraum zu Gunsten von Verkehrsraum und zieht wieder neuen Verkehr an. Der motorisierte Individualverkehr muss in grossem Masse auf den öffentlichen Verkehr und für Kurzdistanzen in den Agglomerationen auf den Rad- und Fussverkehr verlagert werden. Der Kanton muss das vorhandene Verbesserungspotenzial ausschöpfen, um diese beiden Verkehrsträger verträglicher und attraktiver zu gestalten.

710

Unsere Forderungen

715

Verkehr gerecht finanzieren: Die Strassenkasse muss abgeschafft werden. Mit den freiwerdenden Mitteln sollen nicht nur Strassen, sondern ganzheitliche Verkehrslösungen umgesetzt werden.

720

Attraktiver Fahrplan: Der Kanton muss den Fahrplan auch in Randregionen und zu Randzeiten ausbauen und die Finanzierung der dazu notwendigen Infrastrukturen sicherstellen.

Mehr Rad- und Fusswege: Es braucht im Aargau ein weiter ausgebautes Radwegnetz und attraktive, sichere und wenn möglich oberirdische Fussgänger- und Fussgängerinnenverbindungen.

725

Verkehr steuern statt umfahren: Der Kanton soll intelligente Verkehrsmanagement-Systeme fördern und finanzieren, anstatt um jede Ortschaft eine Umfahrung zu planen.

730

Innovation fördern: Der Kanton fördert Forschung und innovative Projekte im öffentlichen Verkehr, zum Beispiel Versuche mit selbstfahrenden Autos und Bussen sowie Car-Sharing-Modelle. Er unterstützt solche Projekte auch finanziell. Der Kanton Aargau positioniert sich so als Innovations- statt als Autobahnkanton.

Umwelt und Natur

Ausgangslage

735 Unser wachsendes Bedürfnis nach Mobilität und individueller Lebensgestaltung verbraucht immer mehr Raum. Dafür wird immer mehr Naturraum zerstört. Die Zersiedelung verhindert grosse, zusammenhängende natürliche Lebensräume. Funktionierende Ökosysteme sind gefährdet, und Naherholungsgebiete für die Menschen werden immer kleiner.

740 Intakte Landschaften und saubere Gewässer werden zu einem Luxusgut, das immer mehr unter Druck kommt. Die Lebensräume unserer Tier- und Pflanzenwelt werden je länger je mehr durch mannigfaltige Einflüsse gestört.

Die landwirtschaftliche Produktion wird verstärkt der Gewinnmaximierung untergeordnet und verliert so ihre Möglichkeit, intakte Naturräume zu schützen und zu pflegen.

Zudem bringen riskante Techniken zur Energiegewinnung hohe Risiken und langfristige Zerstörungen mit sich.

745

Grundziele der SP

Wir wollen mehr Natur und Lebensraum für alle.

750 Umweltzerstörung ist unmittelbar auch Zerstörung von Lebensqualität. Dies gilt es soweit wie möglich zu verhindern. Der Kanton soll mit Lenkungssteuern, die sich im ökologischen Bereich bewährt haben, den Umweltschutz verstärken.

755 Es ist entscheidend, dass bei Bauprojekten eine Güterabwägung erfolgt: Der Boden ist ein teures Gut, mit dem mit Bedacht umgegangen werden muss. Die Raumplanung muss die Bedürfnisse der Natur und der Umwelt berücksichtigen. Sie muss grössere Freihalteflächen definieren, damit nicht weiter Boden zubetoniert wird. Es ist zudem wichtig, dass zusammenhängende natürliche Lebensräume gesichert bestehen bleiben, um die Ökosysteme nicht weiter zu gefährden und zerstören.

Auch im Kanton Aargau braucht es eine ökologisch vertretbare Landwirtschaft und eine gesunde, hochwertige Nahrungsmittelproduktion ohne Spekulationen und Umweltverschmutzung.

760

Unsere Forderungen:

765 **Schutzgebiete erhalten:** Der natürliche Lebensraum muss geschützt werden. Wichtige Schutzgebiete müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Den Umgang mit Schutzzonen gilt es strikte zu regeln.

770 **Naherholungsgebiete vernetzen:** Die Zersiedelung der Landschaft muss gestoppt werden. Der Kanton muss Mittel zur Verfügung stellen, um natürliche Lebensräume zu vernetzen und die Biodiversität zu stärken. Das schafft auch attraktive Naherholungsgebiete vor der Haustür.

775 **Raumplanung für alle:** Die Raumplanung darf nicht einseitig der Gewinnmaximierung und der Finanzspekulation dienen. Sie muss sich an der Lebensqualität orientieren, durch verdichtetes Bauen gleichzeitig die natürliche Umwelt schonen und der Zersiedelung Einhalt gebieten.

Ökologische Landwirtschaft: Der Kanton braucht eine verantwortungsvolle, ökologische landwirtschaftliche Produktion. Nur sie garantiert hochwertige, gesunde Nahrungsmittel und schont Boden und Landschaft.

780 **Keine Risiken durch Energiegewinnung:** Im Kanton Aargau darf es keine Bewilligungen für hochriskante Methoden zur Schiefergasgewinnung geben.